

Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?

Von Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh

Im Jahr 1990 wurden im Zuge der Wiedervereinigung die westdeutschen demokratischen Institutionen und das bestehende Parteiensystem auf die ostdeutschen Bundesländer ausgeweitet. Auch 25 Jahre danach unterscheiden sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland weiterhin in ihrem politischen Engagement und ihren politischen Einstellungen.

Allerdings lassen sich diese Unterschiede keinesfalls pauschalisieren. Eine differenzierte Analyse von Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass Unterschiede sowohl im allgemeinen Politikinteresse als auch bezüglich der aktiven Teilnahme an der Politik in vielen Jahren statistisch nicht nachweisbar sind. Dagegen zeigen sich bei der Parteiverbundenheit und in der tatsächlichen Wahlbeteiligung im Bund und den Ländern starke, persistente Unterschiede zwischen Ost und West. Die Lücke in der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen ist nicht nur seit Jahren auszumachen, sie ist auch über alle Altersgruppen hinweg deutlich erkennbar.

Auch das Parteiensystem unterscheidet sich noch recht deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies zeigt sich insbesondere in der starken Rolle der Linken in Ostdeutschland, die sich trotz einiger Wahlerfolge in westdeutschen Parlamenten in den alten Bundesländern nicht vergleichbar etablieren konnten. Bei den Einstellungen der Bürger zum Sozialstaat, die zu Beginn der 1990er Jahre deutlich unterschiedlich ausfielen, lässt sich in unseren Daten aber durchaus eine Angleichung von Ost und West feststellen.

Mit der politischen Wiedervereinigung vor 25 Jahren durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurden einheitliche staatliche Institutionen in beiden Landesteilen geschaffen. Die Annäherung der politischen Einstellungen und der politischen Beteiligung von Bürgern in beiden Landesteilen ist aufgrund unterschiedlicher historischer und aktueller Erfahrungen und Lebenslagen naturgemäß ein längerfristiger Prozess.

Dass der Prozess der Annäherung der Lebenslagen in vielen Bereichen noch nicht abgeschlossen ist, ist für die Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Vermögen, Produktivität), für allgemeine Lebenseinstellungen (Vertrauen, Selbstbewusstsein, Zukunftsängste) und bei gesellschaftlichen Aspekten (Frauenerwerbstätigkeit, Kitabeitreibung) oftmals dokumentiert.¹

Während die Unterschiede zum Teil noch gravierend sind, lässt sich in etlichen Lebensbereichen eine – wenn auch langsame – Anpassung des Niveaus in Ost und West beobachten. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist nach den Höchstständen um die Jahrtausendwende auf neun Prozent im Jahr 2015 (im Westen 5,7 Prozent) gesunken. Die Produktivität im Osten steigt langsam und beharrlich (derzeit liegt sie bei 71 Prozent des Westniveaus). Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit oder der

¹ Vgl. zum Beispiel Brenke, K., Fratzscher, M., Grabka, M.M., Holst, E., Hülle, S., Liebig, S., Priem, M., Rasner, A., Schober, P.S., Schupp, J., Stahl, J. F., Wieber, A. (2014): Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte. DIW Wochenbericht 40. Krause, P., Goebel, J., Kroh, M., Wagner, G.G. (2010): 20 Jahre Wiedervereinigung: Wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind. DIW Wochenbericht 44. Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.) (2010): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Campus. Alesina, A., Fuchs-Schuendeln, N. (2007): Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences. *The American Economic Review*, 97 (4), 1507–1528. Rainer, H., Siedler, T. (2009): Does democracy foster trust? *Journal of Comparative Economics*, 37 (2), 251–269. Ockenfels, A., Weimann, J. (1999): Types and patterns: an experimental East-West-German comparison of cooperation and solidarity. *Journal of Public Economics*, 71 (2), 275–287. Brosig-Koch, J. et al. (2011): Still different after all these years: Solidarity behavior in East and West Germany. *Journal of Public Economics*, 95 (11), 1373–1376.

Kitabetreuung nähern sich die Landesteile an, weil der Westen hier aufholt. Positiv zu erwähnen ist, dass sich die allgemeine Lebenszufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands über die letzten 25 Jahre fortlaufend angenähert hat.²

Anlässlich des 25. Jahrestags der politischen Wiedervereinigung ist es von allgemeinem Interesse, Unterschiede in den politischen Einstellungen und der politischen Beteiligung von Menschen in Ost- und Westdeutschland zu untersuchen und den Stand der Entwicklung einer einheitlichen politischen Kultur zu dokumentieren.³

Die über 40 Jahre währende Teilung des Landes hat die Regionen auch in Bezug auf die Erfahrungen im Umgang mit Demokratie unterschiedlich geprägt. Während die Menschen im Westen bereits seit 1949 Erfahrungen mit einer parlamentarischen Demokratie sammeln konnten, blieb dies den Menschen im Osten Deutschlands bis 1989 versagt. Stabile Unterschiede in der politischen Beteiligung, dem Wahlverhalten und den Einstellungen zu Staat und Politik und der eigenen Rolle im politischen System sind daher erwartbar und – wie unsere Ergebnisse zeigen – auch auszumachen.

Die folgenden Analysen, die den Zeitraum zwischen 1990 und 2014 beleuchten, beruhen auf offiziellen Wahldaten der Bundes- und Landeswahlleiter, Umfragedaten von Infratest dimap, den aktuellsten vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)⁴ sowie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS), die durch das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) bereitgestellt

werden.⁵ In der folgenden Trendanalyse seit 1990 unterscheiden wir nach erwachsenen Bürgern, die zum Befragungs- oder Wahltermin in Ost- oder Westdeutschland lebten. Zu beachten ist, dass sich die offiziellen Wahldaten auf abgegebene Stimme wahlberechtigter Bürger beziehen, die Befragungsdaten hingegen auf alle in Deutschland lebenden Erwachsenen – also auch die Gruppe der nicht-wahlberechtigten Migranten berücksichtigen.⁶

Die Bedeutung von Politik und Parteien

Die aktive Teilhabe am politischen Prozess setzt voraus, dass die Bürger Politik als für sich relevant erachten. Befragte des SOEP berichten im in der Regel jährlichen Rhythmus, wie stark sie sich für Politik interessieren⁷, ob politisches oder gesellschaftliches Engagement für sie persönlich wichtig ist⁸ und ob sie sich einer bestimmten Partei langfristig verbunden fühlen.⁹ Die Wiederholungsbefragung, an der derzeit über 25 000 erwachsene Personen teilnehmen, wurde 1984 in Westdeutschland etabliert und bereits im Juni 1990, also einige Monate vor der politischen Einheit, erstmalig in der damaligen DDR durchgeführt.¹⁰

2 Schupp, J., Goebel, J., Kroh, M., Wagner, G. G. (2013): Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung: Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche. DIW Wochenbericht Nr. 47/2013.

3 Vgl. zum Beispiel Gabriel, O. W. (Hrsg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen. Van Deth, J., Rattinger, H., Roller, E. (Hrsg.) (2000): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen. Leske + Budrich. Fuchs, D., Roller, E., Wessels, B. (Hrsg.) (2002): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. Gabriel, O. W., Falter, J. W., Rattinger, H. (Hrsg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden. Falter, J. W., Gabriel, O. W., Rattinger, H., Schoen, H. (Hrsg.) (2006): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München. Kroh, M. (2008): Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche sind Postmaterialisten. Wochenbericht Des DIW Berlin Nr. 34/2008.

4 Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland - Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (2008), Nr. 4, 301-328.

5 www.bundeswahlleiter.de; www.infratest-dimap.de; Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) (2015), Daten für die Jahre 1984-2014, Version 31 beta, SOEP 2015; GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2015): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5240 Datenfile Version 2.0.

6 Das SOEP erlaubt sowohl zwischen Personen zu unterscheiden, die 1989 im Westen oder im Osten Deutschlands lebten (kurz: Ost- und Westdeutsche) als auch zwischen Personen, die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt zwischen 1990 und 2014 auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschlands und Westberlins lebten bzw. auf dem Gebiet Ostdeutschlands und Ostberlins (kurz: Personen in Ost- und Westdeutschland). Durch nachhaltige Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland sind beide Definitionen nicht deckungsgleich. Da im ALLBUS lediglich der Wohnort zum Befragungszeitpunkt bekannt ist, nutzen wir einheitlich die Unterscheidung von Personen in Ost- und Westdeutschland in den Analysen von Befragungsdaten. Abweichend davon ist bei den offiziellen Wahldaten die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland nur bis zur Bundestagswahl 1994 möglich, danach gibt es lediglich die Unterscheidung nach Bundesländern. Die Analyse der offiziellen Wahldaten wird demnach ohne Berlin durchgeführt, da nicht klar ist, ob das Land zu West- oder Ostdeutschland gezählt werden sollte.

7 Die Frageformulierung lautet: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Die Antwortskala besteht aus den Wahlmöglichkeiten: *sehr stark*, *stark*, *nicht so stark* und *überhaupt nicht*. Für unsere Analysen unterscheiden wir lediglich zwischen hohem (*sehr stark* oder *stark*) und niedrigem Interesse (*nicht so stark*, *überhaupt kein Interesse*).

8 Die Frageformulierung lautet: „Ist es für Sie persönlich wichtig, sich politisch oder gesellschaftlich einzusetzen?“ Die Skala für die Antworten ist: *sehr wichtig*, *wichtig*, *weniger wichtig* und *ganz unwichtig*. Auch diese Antworten fassen wir zu einem binären Indikator von wichtig (*sehr wichtig* oder *ganz unwichtig*) oder nicht wichtig zusammen (*sehr wichtig* oder *wichtig*).

9 Die Frageformulierung lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Die Antwortmöglichkeiten sind *Ja* und *Nein*.

10 Schupp, J., Wagner, G. G. (1990): Die DDR-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels – Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2, 152-159.

Kasten

Odds-Ratio

Das Odds-Ratio (auch Chancenverhältnis oder Quotenverhältnis genannt), ist eine statistische Maßzahl, die etwas über die Stärke eines Zusammenhangs von zwei Merkmalen aussagt.

Ein Beispiel soll die Berechnung des Odds-Ratios verdeutlichen. In der folgenden Tabelle sind zwei Merkmale erfasst: In den Zeilen sind die abgegebenen gültigen Stimmen für die Linkspartei und andere Parteien bei Bundestagswahl 2013 eingetragen, in den Spalten wird hingegen nach der Region (West/Ost, ohne Berlin) differenziert. Sieben Millionen Stimmen wurden im Osten Deutschlands abgegeben und 35 Millionen im Westen. Die Gesamtmenge von vier Millionen Menschen, die die Linkspartei wählen, teilt sich auf zwei Millionen im Osten und zwei Millionen im Westen auf. 38 Millionen Bundesbürger wählen etwas anderes als die Linkspartei.

Das Odds-Ratio gibt nun an, um wieviel höher (oder niedriger) die Chance ist, einen Linksparteiwähler im Westen zu treffen als im Osten.

Dazu berechnet man folgendes Verhältnis:

$$\text{Odds-Ratio} = \frac{(\text{Wählt Linkspartei} \mid \text{West}) / (\text{Wählt nicht Linkspartei} \mid \text{West})}{(\text{Wählt Linkspartei} \mid \text{Ost}) / (\text{Wählt nicht Linkspartei} \mid \text{Ost})}$$

Es werden also die Chancen (Odds) in beiden Gruppen ins Verhältnis gesetzt.

Setzt man die Zahlen aus der Tabelle ein, so ergibt sich folgender Wert:

$$\text{Odds-Ratio} = (2/33) / (2/5) = 0,15$$

Demnach ist die Chance, einen Linkspartei-Wähler anzutreffen, in Ostdeutschland fast siebenmal (Chancenverhältnis oder Odds-Ratio: $1/0,15 = 7$) so hoch wie im Westen. Der Zusammenhang zwischen „Leben in Ostdeutschland“ und „Wahl der Linkspartei“ ist also sehr stark.

Tabelle

Berechnung des Odds-Ratios

Beispiel: Wahlverhalten in Ost und West

	Ost	West	Summe
Wählt Linkspartei	2	2	4
Wählt nicht Linkspartei	5	33	38
Summe	7	35	42

Die Zahlen geben die abgegebenen gültigen Stimmen (in Millionen) bei der Bundestagswahl 2013 an.

Quelle: www.bundeswahlleiter.de

© DIW Berlin 2015

Odds-Ratios nehmen Werte zwischen null und unendlich an. Ein Odds-Ratio-Wert von genau eins bedeutet, dass es keinen Unterschied in den Odds zwischen beiden Gruppen gibt. Ist dieser größer als eins, so sind die Odds in der ersten Gruppe höher, ist er kleiner als eins, so sind die Odds in der ersten Gruppe kleiner. In unserem Fall ist der Odds-Ratio-Wert kleiner als eins, also ist die Chance im Osten (= der zweiten Gruppe) größer, einen Linkspartei-Wähler anzutreffen.

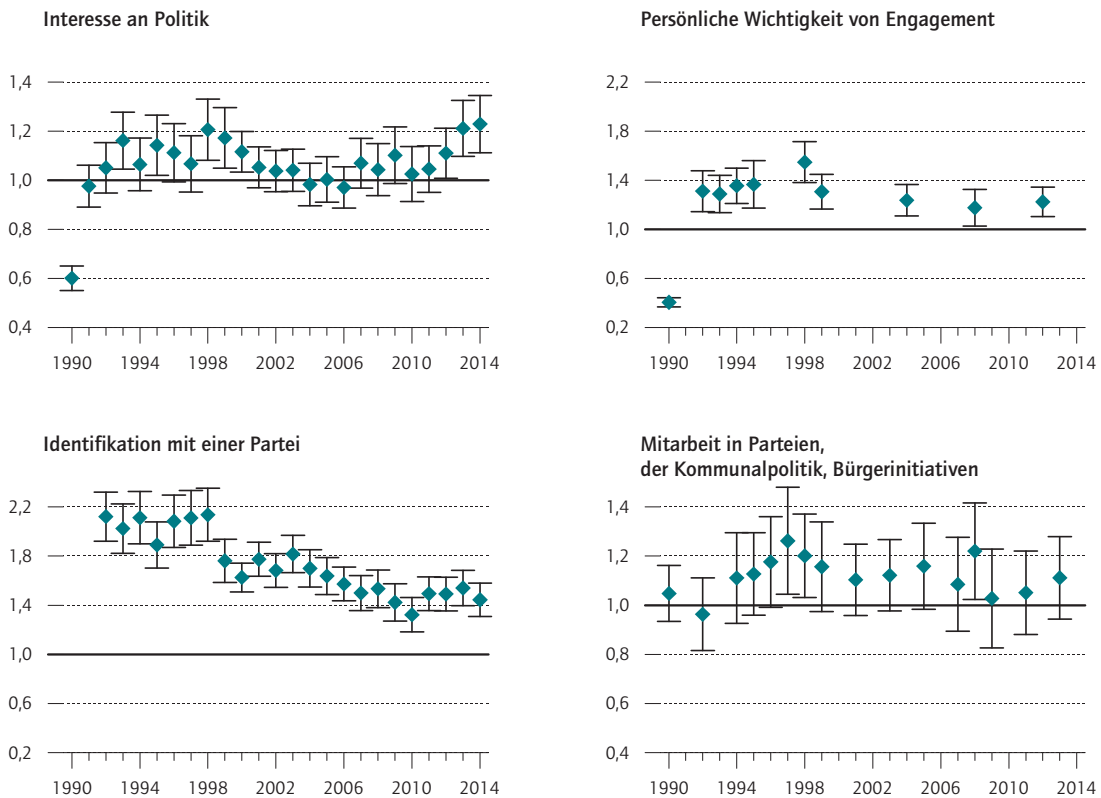
Da es sich bei den Daten, die der Berechnung der Odds-Ratios zugrundeliegen, um Befragungsdaten mit einer zufallsbasierten Stichprobenziehung handelt, sind die Schätzwerte der Odds-Ratios mit statistischer Unsicherheit behaftet. Die sogenannten Konfidenzbänder dieser statistischen Unsicherheit werden in den Abbildungen jeweils als senkrechte Linien um den Odds-Ratio-Wert dargestellt. Sie geben den Bereich an, in dem sich der Schätzwert bei einer Fehlertoleranz von fünf Prozent bewegt. Falls das Konfidenzband den Wert eins einschließt, sprechen wir von statistisch nicht signifikanten Unterschieden zwischen Ost und West.

Im Folgenden sollen Unterschiede im politischen Engagement zwischen Bürgern in Ost- und Westdeutschland untersucht werden. Dafür greifen wir auf die Darstellung von sogenannten Odds-Ratios zurück (Kasten). Dabei werden die Unterschiede in den Anteilen in einer einzigen Maßzahl zusammengefasst. Bei einem Odds-Ratio-Wert von eins entspricht der Anteil der Men-

schen im Westen dem Anteil der Menschen im Osten, die sich für Politik interessieren. Ein Odds-Ratio-Wert über eins bedeutet, dass der Anteil der politisch interessierten Personen im Westen Deutschlands höher ausfällt als im Osten; bei einem Wert unter eins liegt der Osten hinsichtlich des Anteils politisch Interessierter vorne.

Abbildung 1

Ost-West Unterschiede in der Bedeutung von Politik
Odds-Ratio



Quelle: SOEP 1990-2014 (v31beta)

© DIW Berlin 2015

Es gibt zwischen West und Ost kaum Unterschiede beim Interesse an Politik, aber große Unterschiede bei der Bindung an Parteien.

In den meisten Jahren des Zeitraums von 1990 bis 2014 unterscheidet sich der Anteil der politisch interessierten Bürger zwischen Ost und West statistisch nicht signifikant. Während im Juni 1990 das Interesse an Politik im Osten Deutschlands deutlich stärker ausgeprägt war als im Westen, finden sich einige Jahre, wie etwa die Bundestagswahljahre 1998 oder 2013, in denen das Interesse im Westen etwas stärker ausgeprägt war als im Osten. Im Jahr 2013 fiel das Anteilsverhältnis von politisch Interessierten zu wenig Interessierten beispielsweise etwa 20 Prozent höher aus als im Osten (Odds-Ratio-Wert von etwa 1,21). Bei der Frage nach politischem Interesse lässt sich kein eindeutiger Trend ablesen.

Während Unterschiede beim Anteil politisch Interessierter zwischen Ost und West sich meist im Bereich statistischer Fehlertoleranz bewegen und sich unsystematisch entwickeln, ist der Ost-West-Unterschied bei

der Frage nach der persönlichen Bedeutung von politischem und gesellschaftlichem Engagement etwas deutlicher ausgeprägt. Wiederum zeigt sich, dass zur Wendezeit politisches Engagement eine erwartungsgemäß größere persönliche Bedeutung für Ost- als für Westdeutsche hatte. Dies änderte sich in den darauf folgenden Jahren. Politisches und gesellschaftliches Engagement wurden seitdem im Westen Deutschlands als persönlich wichtiger gewertet als im Osten. Hier zeigen sich über den gesamten Beobachtungszeitraum weitgehend stabile, statistisch signifikante Unterschiede (Abbildung 1). In der Spitze, im Bundestagswahljahr 1998, war das Verhältnis 1,55 (pro West).

Die deutlichsten Ost-West-Unterschiede finden sich schließlich hinsichtlich der Frage, ob sich Personen seit langem einer bestimmten politischen Partei verbunden fühlen. Zwar waren zur Wendezeit Ostdeutsche viel-

fach mit den westdeutschen Parteien vertraut, aber sie hatten erwartbar nicht dieselbe Bindung an diese Parteien wie Westdeutsche.¹¹ Insofern überrascht es für die frühen 90er Jahre nicht, dass das Anteilsverhältnis von Personen mit Parteibindungen im Westen höher ausfällt als im Osten. Beispielsweise lag der Odds-Ratio-Wert im Jahr 1992 bei etwa zwei, was 54 Prozent langfristigen Parteianhängern (gegenüber 46 Prozent Nichtparteianhängern) im Westen und 36 Prozent Parteianhängern (gegenüber 64 Prozent Nichtparteianhängern) im Osten entspricht $[(54/46)/(36/64)=2,09]$. Das vergleichsweise hohe Niveau der Ost-West-Unterschiede hat sich in den folgenden Jahren reduziert. Diese Annäherung ist teilweise auch auf einen Rückgang der Parteibindung im Westen zurückzuführen. Derzeit bewegt sich das Anteilsverhältnis (Odds-Ratio-Wert) bei etwa 1,5. Dies entspricht im Jahr 2014 Anteilsunterschieden von 50 Prozent Parteianhängern im Westen und 41 Prozent im Osten.

Insgesamt sind sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland hinsichtlich ihres grundsätzlichen Interesses an Politik recht ähnlich. Bürger in Westdeutschland erachten politisches und gesellschaftliches Engagement jedoch als etwas bedeutsamer. Beide Befunde sind in den vergangenen 25 Jahren seit der politischen Einheit recht stabil ausgeprägt. Deutliche Unterschiede gab und gibt es bezüglich der Bindung der Menschen an Parteien, wobei sich die Anteile langfristiger Parteianhänger in beiden Landesteilen langsam annähern. Dieser Unterschied wird oftmals auch in Zusammenhang mit der Volatilität von Wahlergebnissen in Verbindung gebracht: Je geringer die langfristige Bindung der Menschen an die etablierten Parteien, desto eher sind sie bereit, ihre Stimme bei Wahlen unterschiedlichen Parteien zu geben oder neue politische Parteien zu unterstützen.

Die aktive politische Teilhabe

Das Interesse an Politik, die wahrgenommene Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Engagements sowie die langfristige Bindung an eine Partei sind zwar wichtige Faktoren, die eine aktive Teilhabe am politischen Prozess begünstigen, aber sie sind erwartungsgemäß keine hinreichenden Bedingungen. Es ist daher wichtig, die tatsächliche politische Teilhabe der Menschen in Ost- und Westdeutschland näher zu beleuchten. Dazu betrachten wir im Folgenden sowohl die Teilnahme an Wahlen, die häufigste Form der politischen Beteiligung in Deutschland, zu der of-

fizielle Zahlen der Bundes- und Landeswahlleiter zur Verfügung stehen, als auch die Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen, die wir wiederum durch Befragungsdaten des SOEP ermitteln.¹²

Etwa zehn Prozent aller Erwachsenen eines Jahres geben an, in Parteien, in der Kommunalpolitik und/oder in Bürgerinitiativen aktiv mitzuarbeiten. Der Odds-Ratio-Wert, der den Unterschied dieses Anteils zwischen West- und Ostdeutschland ausdrückt, liegt tendenziell über eins und deutet damit darauf hin, dass der Anteil der politisch aktiven Menschen im Westen etwas höher ausfällt als im Osten (Abbildung 1, Panel 4). Jedoch bewegt sich dieser Unterschied in den meisten betrachteten Jahren im Bereich der statistischen Unsicherheit. Ein eindeutiger Trend ist in der Zeitreihe ebenfalls nicht erkennbar.

In den Befragungsdaten ergeben sich Anzeichen für leichte Disparitäten in der politischen Beteiligung zwischen den beiden deutschen Landesteilen. Wie manifestieren sich diese Unterschiede aber bei einem Maß wie der Wahlbeteiligung, das gemeinhin als zentrales Instrument der Willensartikulation in repräsentativen Demokratien von Bürgern wahrgenommen wird?

Abbildung 2 vergleicht die Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland über vier verschiedene Wahlebenen (Bundestagswahlen, Europawahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen).¹³ Zunächst wird deutlich, dass die Wahlbeteiligung in beiden Landesteilen im Zeitverlauf über alle Wahlebenen hinweg abnimmt (im Einklang mit der Entwicklung in vielen anderen entwickelten Demokratien). Bei den Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung 1998 noch bei 82,2 Prozent und ist bei der letzten Wahl 2013 bis auf 71,5 Prozent abgesunken.

Die Wahlbeteiligung in Ost und West weist fast für alle Wahlebenen deutliche Unterschiede auf. Durchgängig über alle Bundestagswahlen ist die Beteiligung in Ostdeutschland (ohne Berlin) zwischen drei und acht Prozentpunkte niedriger als im Westteil des Landes. Auch bei den anderen Wahlen besteht zwischen dem Osten

¹¹ Zur Diskussion zur Übertragung des Konzepts von Parteibindungen auf die neuen Bundesländer in den 1990er Jahren vgl. Bluck, C., Kreikenbom, H. (1991): Die Wähler in der DDR. Nur issueorientiert oder auch parteigebunden? Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22, 495–502.

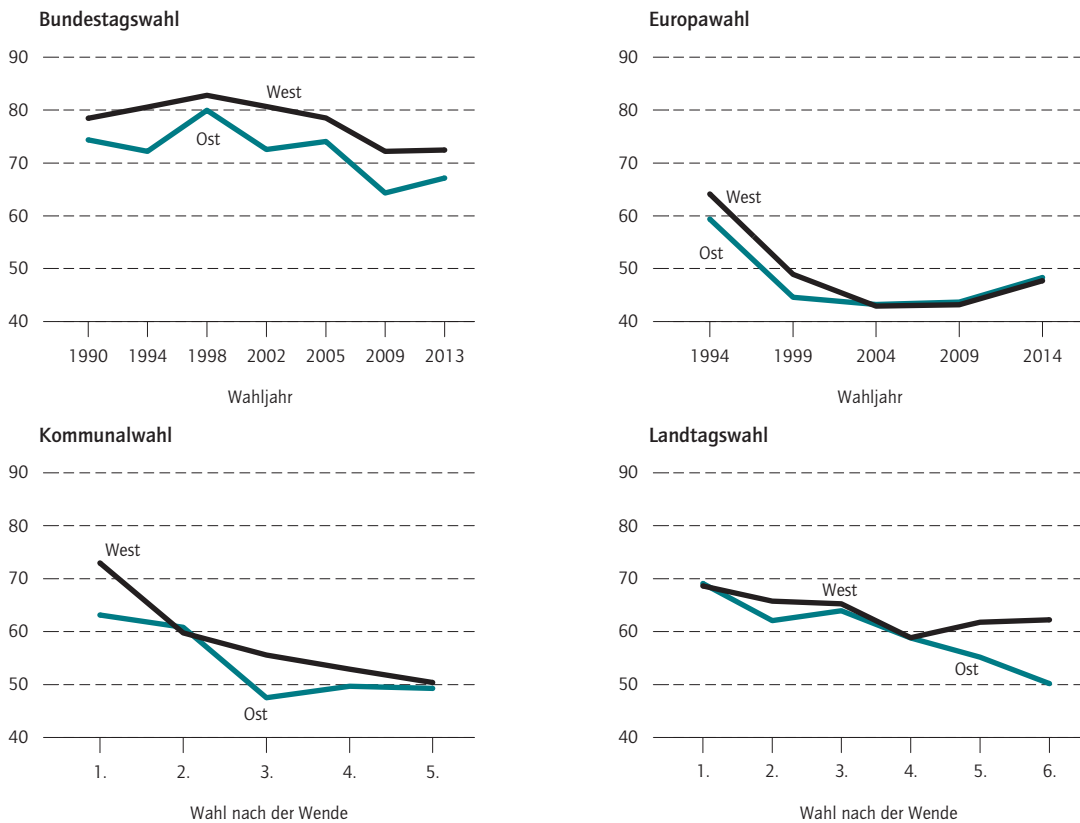
¹² In etwa jedem zweiten Jahr werden die Teilnehmer des SOEP nach ihrer Zeitverwendung detailliert befragt (Frageformulierung: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen“), wobei sie unter anderem berichten, ob sie *täglich*, *wöchentlich*, *monatlich*, *selten* oder *nie* Zeit für die „Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen“ aufwenden. Wir unterscheiden zwischen Personen, die *täglich*, *wöchentlich*, *monatlich* oder *selten* aktiv mitarbeiten und solchen, die dies nie tun.

¹³ Bei Bundestags- und Europawahlen ist die Darstellung über die Zeit unproblematisch, da die Wahlen in Ost und West gleichzeitig stattfinden. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen ist die zeitliche Abfolge nicht so einfach darstellbar, da landesspezifische Wahlperioden und Wahltermine eine Darstellung komplexer werden lassen. Wir haben uns entschieden, die Wahlen hier nach den Wahlperioden anzuordnen (unabhängig von den spezifischen Wahljahren).

Abbildung 2

Wahlbeteiligungen

In Prozent



Quelle: Jeweilige Landeswahlleiter.

© DIW Berlin 2015

Vor allem bei der Bundestagswahl zeigt sich die Lücke in der Wahlbeteiligung.

und dem Westen eine Diskrepanz, allerdings sind die Unterschiede nicht immer so deutlich. Dies überrascht insofern, als es sich in der Wahrnehmung bei der Bundestagswahl um die wichtigste deutsche Wahl handelt. Bei der Europawahl lag die Beteiligung im Osten nur in den 90er Jahren unterhalb der des Westens, ab 2004 ist sie in beiden Landesteilen auf Werte unter 50 Prozent gesunken. Bei den Landtagswahlen war das Bild bei den ersten vier Wahlperioden nach 1990 gemischt, erst in den letzten Jahren ist auch hier die Schere bei der Wahlbeteiligung deutlich auseinander gegangen (in der Spitze liegt die Lücke bei zwölf Prozentpunkten). Besorgniserregend sind bei den Landtagswahlen die historisch niedrigen Beteiligungsquoten in Sachsen (49,1 Prozent im Jahr 2014), Brandenburg (47,9 Prozent im Jahr 2014) oder Sachsen-Anhalt (44,4 Prozent im Jahr 2006).

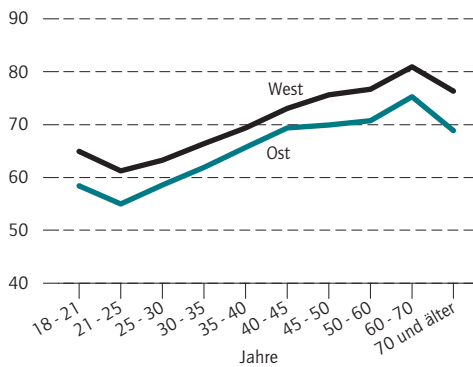
Aus der vorhergehenden Analyse ließ sich kein eindeutiger Trend für die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung in Ost und West ableiten. Die Diskrepanz bei der Bundestagswahl ist stabil über die Zeit, bei den Europawahlen und Kommunalwahlen sind die Ergebnisse gemischt, und nur bei der Landtagswahl zeichnet sich eine Tendenz über die Zeit ab – hier geht die Schere zwischen Ost und West in den letzten Jahren deutlich auseinander.

Um für die zukünftige Entwicklung der Wahlbeteiligung eine Aussage treffen zu können, lohnt sich ein Blick auf die Wahlbeteiligung über verschiedene Altersgruppen (Abbildung 3). Hierfür nutzen wir die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2013. Über alle Alterskohorten hinweg lag die Wahlbeteiligung im Osten bei 67,2 und im Westen bei 72,4 Prozent. Die Abbildung verdeutlicht, dass sich die Diskre-

Abbildung 3

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen

In Prozent



Quelle: Repräsentative Wahlstatistik.

© DIW Berlin 2015

Die Ost-West-Differenz bei der Wahlbeteiligung zieht sich durch alle Altersgruppen.

panz in der Wahlbeteiligung über alle Alterskohorten zeigt. Tatsächlich sind die Unterschiede bei den Ältesten (über 70 Jahre) und bei den Jüngsten (18 bis 21 Jahre) mit respektive 7,4 beziehungsweise 6,5 Prozentpunkten relativ am deutlichsten. Angesichts dieser Eindeutigkeit über alle Altersgruppen hinweg lässt sich auch für zukünftige Bundestagswahlen auf absehbare Zeit noch keine Angleichung bei der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West erwarten.

Seit etwa Mitte der 90er Jahre wurden in vielen Bundesländern direktdemokratische Formen der Mitbestimmung eingeführt. Zusätzlich zu Wahlen stehen diese den Bürgern inzwischen in allen Bundesländern als weitere Form der politischen Äußerung zur Verfügung. Auch die Zahl der tatsächlich durchgeführten Bürgerbegehren lässt auf Unterschiede in der politischen Beteiligungskultur schließen. Seit 1990 wurden deutschlandweit über 5 000 solcher Bürgerbegehren gestartet (5 189 bis 2011).¹⁴ In den ostdeutschen Ländern wurden lediglich 741 direkt-demokratische Maßnahmen eingeleitet (etwa 4,5 Initiativen auf 100 000 Einwohner), während im Westen immerhin 4 448 Bürgerbegehren angestoßen wurden (6,7 Initiativen auf 100 000 Einwohner).¹⁵

¹⁴ Berechnet auf der Grundlage von Daten von Mehr Demokratie e.V. Ein Bürgerbegehren taucht in den Daten auf, sobald zumindest der Prozess der Unterschriftensammlung angelaufen ist. Ob das Bürgerbegehren im Endeffekt auch zu einem Bürgerentscheid führt, wird nicht berücksichtigt.

¹⁵ Diese Zahlen beziehen sich auf die kommunale Ebene und beinhalten auch sogenannte Ratsreferenden, die vom Gemeinderat ausgehen. Volksbegehren auf Landesebene sind hingegen nicht mitgezählt.

Auch bei diesen Maßzahlen zeigt sich die Diskrepanz der politischen Beteiligung zwischen Ost und West, wobei zu beachten ist, dass die Hürden der Einleitung¹⁶ von Bürgerinitiativen durch Quoren und ähnliches in den Bundesländern im Untersuchungszeitraum unterschiedlich hoch waren und tendenziell im Osten höher als im Westen Deutschlands.

Zusammenfassend zeigen sich Ost-West-Unterschiede in der Beteiligung an Bundestagswahlen und zunehmend auch an Landtagswahlen sowie bei der Zahl an gestarteten Bürgerbegehren. Neben diesen stärker institutionalisierten Formen der Beteiligung fällt der Ost-West-Unterschied beim oftmals lokal-organisierten Engagement in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen deutlich geringer aus. Zur Frage, inwieweit sich ein Ost-West-Unterschied in unkonventionellen Formen der Beteiligung wie beispielsweise der politischen Protestbereitschaft entwickelt hat, fehlen langfristige Befragungsdaten.¹⁷

Die Linke - Volkspartei im Osten und Randerscheinung im Westen

Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind umso bedeutsamer, je mehr sich die politischen Präferenzen von Menschen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Insbesondere die Stärke der Partei Die Linke (ehemals PDS)¹⁸ veranschaulicht die Unterschiede in den politischen Vorstellungen.

In Abbildung 4 zeigen wir die Ergebnisse der Sonntagsfrage von Infratest/Dimap, die Bundestagsergebnisse zu den jeweiligen Zeitpunkten und die Informationen zur Parteiidentifikation aus dem SOEP.¹⁹ Aus allen drei

¹⁶ Um dem Missbrauch von Initiativen durch Minderheiten vorzubeugen, hat der Gesetzgeber institutionelle Hürden geschaffen, die das Starten einer Initiative erschweren. So gibt es in allen Ländern klassische Unterschriftensammlungen. Ebenso genutzt werden Abstimmungs- oder Zustimmungsquoren. Manche Länder nutzen auch Positiv- oder Negativkataloge mit Themen, die für ein Bürgerbegehren zulässig/nicht zulässig sind. Die genauen Regelungen variieren zwischen den Ländern und sind in den jeweiligen Gemeindeordnungen oder Kommunalverfassungen niedergelegt.

¹⁷ Aktuelle Daten des European Social Survey von 2012 und des ALLBUS 2014 deuten auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ost und West hin oder sogar darauf, dass nach eigenen Angaben die Befragten in Ostdeutschland häufiger als die in Westdeutschland an Demonstrationen teilnehmen.

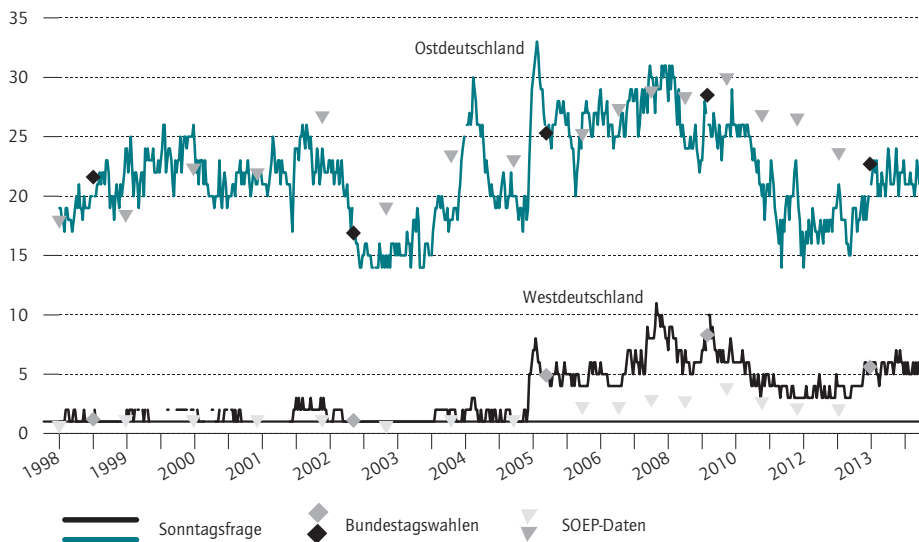
¹⁸ Die Partei „Die Linke“ gründete sich im Juni 2007 durch eine Verschmelzung der WASG (eine gewerkschaftsnahe Partei, die vor allem im Westen aktiv war) und der PDS (die SED-Nachfolgepartei, die vor allem im Osten hohe Wahlergebnisse einfuhr, jedoch auch im Westen antrat). In der nachfolgenden Analyse schreiben wir aus Gründen der Einfachheit immer „Die Linke“ oder „Linkspartei“, auch wenn wir in den Jahren vor 2007 oft die PDS damit meinen.

¹⁹ Die Fragestellung im SOEP ist zweigeteilt. Zunächst wird erfragt, ob die Befragten allgemein einer Partei in Deutschland zugeneigt sind (Abbildung 1). Erst im zweiten Schritt beantworten die Teilnehmer, welcher speziellen Partei sie zuneigen. Wir berechnen den Anteil derjenigen mit einer Parteipräferenz für die Linkspartei an den Befragten, die allgemein eine langfristige Parteibindung angeben (Abbildung 4).

Abbildung 4

Umfrage- und Wahlergebnisse der Partei Die Linke (bis 2007 PDS)

In Prozent



Quellen: Infratest/Dimap; Bundeswahlleiter; SOEP (1998-2014, v31beta).

© DIW Berlin 2015

Die Linke ist im Osten eine Volkspartei.

Quellen ergibt sich ein einheitliches Bild zur Stärke der Partei Die Linke in Ost und West.²⁰

Bei der Sonntagsfrage variierte die Linkspartei im Osten Deutschlands zwischen 14 Prozent im Jahr 2003 und 32 Prozent 2005. Der Absturz um 2002 fällt zeitlich mit dem Rücktritt Gregor Gysis als Wirtschaftsminister der Berliner Landesregierung zusammen. Von Juni 2004 bis Mitte 2005 erfolgte dann ein rapider Wiederaufstieg in zwei Schüben, der einerseits eng mit der Agenda 2010 der SPD, den Protesten breiter Teile der Gewerkschaften sowie der Linkspartei gegen diese Reformen und andererseits der politischen Fusion zwischen der PDS und der westdeutschen WASG (und mit der Person Oskar Lafontaine) zusammenhängt. Im Wesentlichen bewegt sich die Zeitreihe hier zwischen 20 und 25 Prozent. Die Partei Die Linke ist damit im Osten Volkspartei.

Im Westen Deutschlands blieb die Linkspartei hingegen bis Mitte 2005 immer deutlich unter fünf Prozent. Mit der Ankündigung einer Zusammenarbeit zwischen PDS und der WASG im Frühjahr 2005 gab es einen

deutlichen Anstieg in den Umfragewerten, in der Spitze (um die Zeit der Finanzkrise 2008) bis zu elf Prozent. Allgemein bewegt sich die Zustimmung im Westen aber eher um die Fünf-Prozent-Grenze; die Linkspartei bleibt hier eine Randerscheinung.

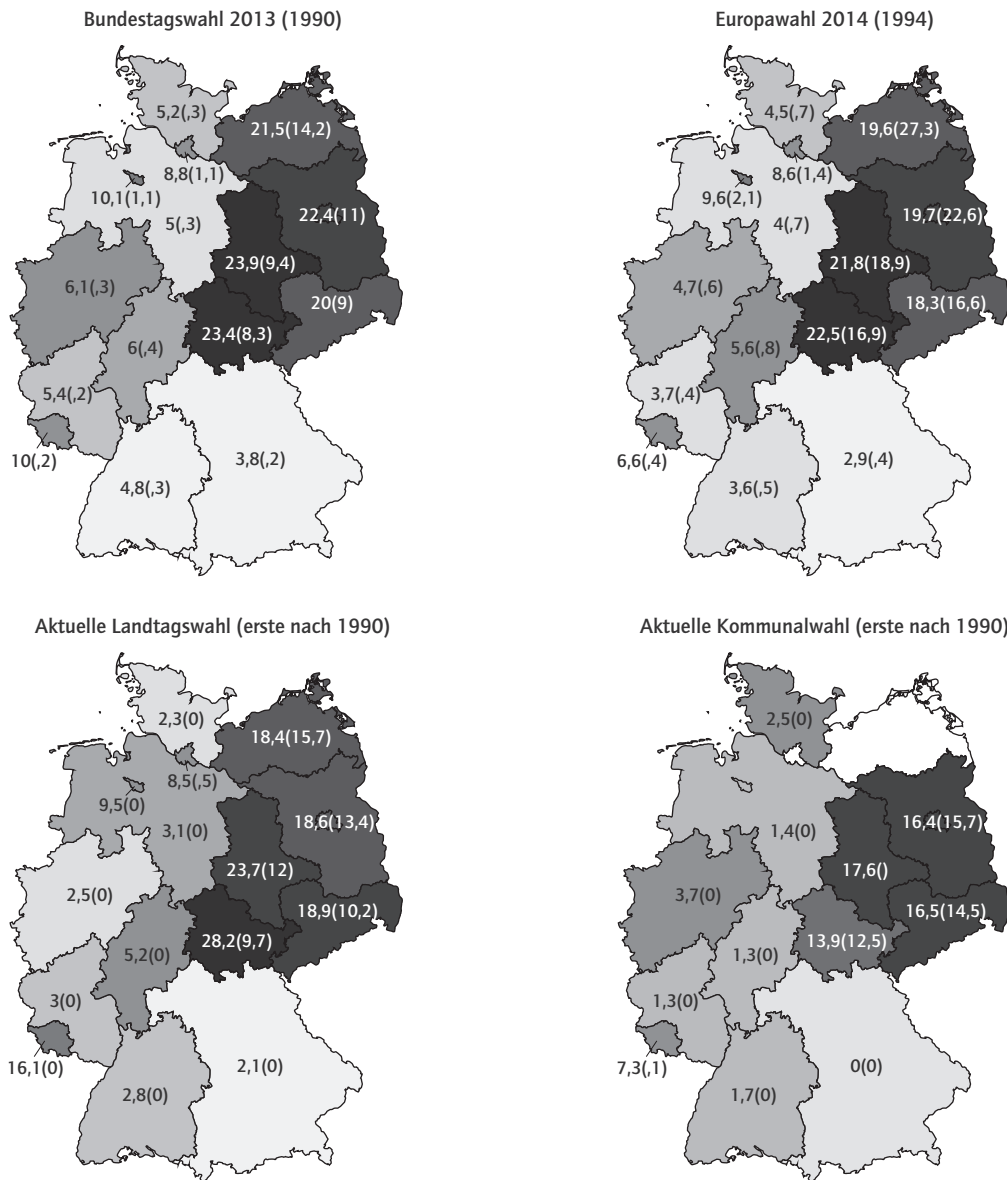
Abbildung 5 visualisiert regional differenziert die Wahlergebnisse der früheren PDS und späteren Linkspartei über die verschiedenen Wahlebenen in den 16 Ländern. Dargestellt werden jeweils die letzten aktuellen Wahlen in den jeweiligen Ländern und der Vergleich zu früheren Wahlen in Klammern. Durch die Abbildung wird deutlich, dass die Partei Die Linke im Osten flächendeckend starke Ergebnisse auf allen Wahlebenen verzeichnet. Die Variation ist hierbei zumeist gering (mit einzelnen Ausnahmen bei Landtags- und Kommunalwahlen).²¹ Der Erfolg der Linken in den östlichen Bundesländern wird auch durch zahlreiche Regierungseteiligungen deutlich. In Thüringen regiert mit Bodo Ramelow seit 2014 zudem der erste Ministerpräsident der Linkspartei.

²⁰ Kroh, M., Siedler, T. (2008): Die Anhänger der Linken: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

²¹ Für Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg waren aggregierte Kommunalwahlergebnisse nicht verfügbar. Aus diesem Grund sind diese Länder leicht grau eingefärbt.

Abbildung 5

Stimmenanteil der Linkspartei nach Wahlen und Ländern
In Prozent



Quelle: Jeweilige Landeswahlleiter.

© DIW Berlin 2015

Auf allen Wahlebenen gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West.

Im Westen findet die Partei der Linken, wie bereits angedeutet, wesentlich weniger Zustimmung. Zudem gibt es auch deutliche regionale Disparitäten. Die stärkste Basis hat die Linkspartei im Saarland und in Bremen. Aber auch in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen erreicht die Partei hohe Werte.

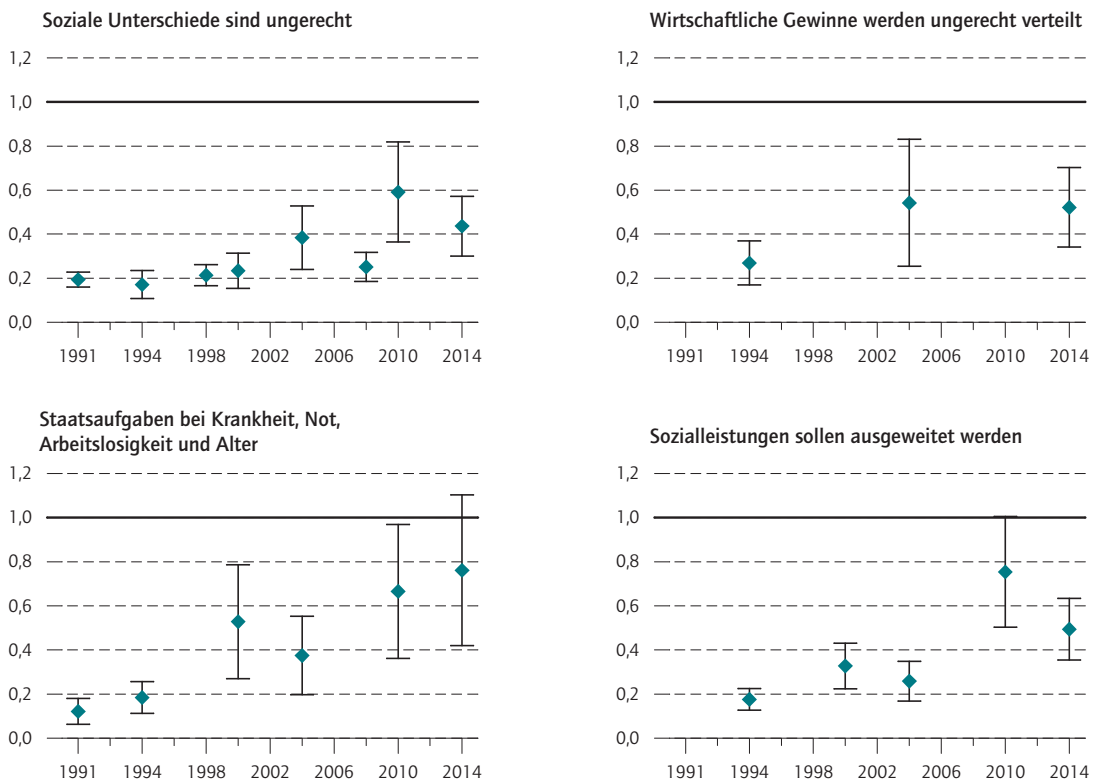
Annäherung bei Einstellungen zum Sozialstaat

Die Erfolge der Linken in Ostdeutschland werden zum einen oftmals auf die Wahrnehmung der Partei als Vertretung ostdeutscher Regionalinteressen zurückgeführt,

Abbildung 6

Ost-West-Unterschiede bei Einstellungen zum Sozialstaat

Odds-Ratio West zu Ost



Quelle: Allbus (1991-2014).

© DIW Berlin 2015

In Ostdeutschland wird soziale Ungleichheit kritischer bewertet.

zum anderen auf eine stärkere politisch linke Ausrichtung der Menschen in Ostdeutschland. Tatsächlich zeigt eine Reihe früherer Studien, dass in Ostdeutschland Fragen von Gleichheit und Umverteilung stärker betont werden als in Westdeutschland.²²

Im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurden seit 1991 wiederholt die folgenden vier Fragen gestellt:

- „Finden Sie die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen ungerecht?“
- „Werden die wirtschaftlichen Gewinne heute in Deutschland im Großen und Ganzen ungerecht verteilt?“
- „Muss der Staat dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat?“
- „Sollten die Sozialleistungen in Zukunft ausgeweitet werden?“

²² Roller, E. (1996): Kürzungen von Sozialleistungen aus der Sicht der Bundesbürger. Zeitschrift für Sozialreform, 42, 777-788. Wegener, B., Liebig, S. (2000): Is the 'Inner Wall' Here to Stay? Justice Ideologies in Unified Germany. Social Justice Research, 13, 177-197. Svallfors, S. (2010): Policy Feedback, Generational Replacement, and Attitudes to State Intervention: Eastern and Western Germany, 1990-2006. European Political Science Review, 2, 119-135. Roller, E.: Sozialstaatsvorstellungen im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse und Anspruchszunahme zwischen 1976 und 2010. In: Roßteutscher, S., Faas, T., Rosar, U. (Hrsg.): Bürger und Wähler im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Etwa 66 Prozent aller Befragten betrachten die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen als ungerecht (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), 79 Prozent halten die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne für ungerecht (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), 88 Pro-

zent sehen den Staat im Fall von Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter in der Verantwortung (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), und schließlich plädieren 32 Prozent für die Ausweitung der Sozialleistungen (gegenüber der Kürzung der Sozialleistungen oder eines Beibehaltens des Status quo).

Wir stellen in Abbildung 6 die Unterschiede zwischen den Einstellungen zum Sozialstaat in West- und Ostdeutschland anhand von Odds-Ratio-Werten dar. Unter den ostdeutschen Befragten liegt der Anteil der Personen, die Ungerechtigkeiten wahrnehmen und für einen extensiven Sozialstaat plädieren, über dem Niveau in Westdeutschland. (Die Odds-Ratio-Werte sind durchweg kleiner als eins.)

In den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung lag der Odds-Ratio-Wert relativ stabil bei sehr niedrigen 0,2. Dies entspricht etwa 85 Prozent der ostdeutschen Befragten, die Ungerechtigkeiten wahrnehmen gegenüber etwa 55 Prozent in Westdeutschland $[(55/45)/(85/15)=0,22]$. Nach dem Jahr 2000 fand jedoch eine langsame Angleichung der Ansichten der Menschen in Ost- und Westdeutschland zum Thema Gerechtigkeit und sozialer Unterschiede statt, sodass der Odds-Ratio-Wert bis auf circa 0,45 im Jahr 2014 anstieg. Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich der Frage, ob wirtschaftliche Gewinne ungerecht verteilt sind. Trotz des langsamen Anstiegs ist der Unterschied immer noch deutlich und statistisch signifikant verschieden von eins. Das zeigt, dass Ost und West auch 25 Jahre nach der Einheit immer noch unterschiedliche Gerechtigkeitswahrnehmungen haben.

Die Odds-Ratio-Werte zur Frage, ob der Staat bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter für ein Auskommen sorgen muss, sind zunächst deutlich kleiner als eins. Die Unterschiede zwischen Ost und West nehmen jedoch über die Zeit deutlich ab. Anfang der 2000er Jahre liegt der Odds-Ratio-Wert bereits bei 0,5. Im Jahr 2014 ist das Verhältnis nicht mehr signifikant verschieden von eins. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine deutliche Angleichung der Präferenzen stattgefunden hat und sowohl West- als auch Ostdeutsche inzwischen ähnliche Ansichten zu den Staatsaufgaben haben. Anzumerken ist, dass es im gesamten Untersuchungszeitraum einen weitgehenden Konsens bezüglich der Verantwortung des Staates bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter gab: 1991 sahen darin fast 99 Prozent der Ostdeutschen den Staat in der Pflicht gegenüber 91 Prozent der Westdeutschen, 2014 sind es 91 Prozent zu 88 Prozent im Westen. Schließlich haben sich auch die Anteile derjenigen eher angeglichen, die für eine Ausweitung der Sozialleistungen plädieren, wobei dieser Anteil nach wie vor in Ostdeutschland höher ausfällt als in den westlichen Bundesländern.

Bei den Einstellungen zum Sozialstaat zeigten sich insgesamt die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost und West, aber auch die größte Angleichung in der politischen Kultur – im Unterschied zum politischen Engagement und zur Beteiligung an Wahlen.

Fazit

Auch wenn mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundespräsidenten Joachim Gauck gleich zwei Ostdeutsche die politischen Spitzenämter Deutschlands innehaben, ist die politische Einheit keineswegs in den Einstellungen der Bürger zur Politik und der Beteiligung am politischen Prozess vollzogen.

Beim allgemeinen Politikinteresse und der aktiven Teilnahme am lokalen politischen Geschehen (Mitarbeit in Parteien, in der Kommunalpolitik und bei Bürgerinitiativen) sind die Differenzen oftmals gering und statistisch nicht nachweisbar. Im Osten und Westen Deutschlands sind die Menschen in sehr ähnlichem Umfang engagiert.

Disparitäten gibt es hingegen bei der Parteibindung und der Wahlbeteiligung. Obwohl die Bevölkerung in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung durchaus mit dem Parteiensystem des Westens vertraut war, ist die Bindung an spezielle Parteien im Osten bis heute deutlich schwächer ausgeprägt. Hier zeigt sich jedoch eine langsame Annäherung zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland. In der Generation derjenigen, die zur Zeit der Wende noch Kinder und Jugendliche waren, gibt es heute kaum noch Unterschiede in der Bereitschaft, Parteien langfristig verbunden zu sein.²³ Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich hingegen speziell bei der Bundestagswahl eine alarmierende Diskrepanz – konstant seit vielen Jahren und über alle Altersgruppen hinweg. Noch deutlicher ist dieser Trend bei der Beteiligung an Landtagswahlen, wo im Osten in den letzten Jahren vielfach die 50-Prozent-Marke unterschritten wurde.

Klare Unterschiede in den politischen Präferenzen zwischen Ost und West lassen sich (neben der Unterstützung der Linkspartei im Osten) in den Einstellungen zum Sozialstaat ausmachen: Die Menschen in Ostdeutschland wünschen sich eine stärkere Fürsorge des Staates zur Absicherung in sozialen Notlagen und da-

²³ Im Rahmen der Analysen zu diesem Wochenbericht wurden alle OstWest-Unterschiede zusätzlich für Personen berechnet, die nach 1975 geboren wurden, also zur Wendezeit Kinder oder Jugendliche waren. Die Muster der OstWest-Unterschiede bei dieser Generation, die im vereinigten Deutschland aufgewachsen ist, decken sich zumeist mit denen der gesamten Bevölkerung. Eine Ausnahme bildet der geringere OstWest-Unterschied bei der langfristigen Bindung an Parteien. Vgl. auch Kroh, M., Schoen, H. (2010): Politisches Engagement. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Campus.

mit verbunden eine Ausweitung der Sozialleistungen. Zudem werden die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne und die soziale Ungleichheit hier als deutlich ungerechter empfunden als im Westen. Es ist jedoch

durchaus bemerkenswert, dass sich nach 2002 in den Einstellungen zum Sozialstaat – trotz weiterhin bestehender Unterschiede – langsam eine Annäherung zwischen Ost und West vollzieht.

Felix Arnold ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | farnold@diw.de

Ronny Freier ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin und Juniorprofessor für Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin | rfreier@diw.de

Martin Kroh ist Stellvertretender Leiter im Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin | mkroh@diw.de

POLITICAL CULTURE STILL DIVIDED 25 YEARS AFTER REUNIFICATION?

Abstract: In 1990, during reunification, West German democratic institutions and the existing political party system were expanded to the East German states. Even after 25 years, the people of eastern and western Germany still differ in their political engagement and attitudes.

However, these differences do not apply across the board by any means. A detailed analysis of survey data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study shows that differences both in terms of general interest and active participation in politics cannot be identified statistically in many years. By contrast, there are considerable differences between eastern and western Germany in terms of party attachments and actual turnout in national and state elections.

The gap in turnout at national elections is not only evident over the years but is also clearly recognizable across all age groups.

There are also still distinct differences in the political party systems of eastern and western Germany. In particular, the Left (Die Linke) plays a major role in eastern Germany but despite some electoral successes in some state parliaments, this party has not been able to establish itself to the same extent in the former West German states. What is more, according to our data, individuals' attitudes to the welfare state in the two parts of the country, which differed significantly at the beginning of the 1990s, have certainly converged since.

JEL: D63, D72, D74

Keywords: Reunification, political participation and attitudes, turnout



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Dr. Peter Krause
Prof. Dr. Carsten Schröder

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.